

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 42

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Zur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 11. Oktober 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Ruppelgraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Abstimmung über die Beitragsleistung zur Invalidenunterstützung.

Wie die Mitglieder aus der Bekanntmachung des Vorstandes zu ersehen vermögen, hat dieser beschlossen, den nächsten Verbandstag für den Monat Mai 1932 in Aussicht zu nehmen. Eigentlich wäre der Verbandstag schon im Jahre 1931 fällig gewesen und der Vorstand hatte auch bereits im Sommer des vorigen Jahres für den abzuhaltenden Verbandstag die Woche vom 2. bis 8. August dieses Jahres vorgesehen.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse ließ es ihm aber geboten erscheinen, in Uebereinstimmung mit dem Beirat den Verbandstag zunächst um ein Jahr zu verschieben. Der Vorstand war sich wohl im klaren darüber, daß nach den in den Jahren 1929 und 1930 gemachten Erfahrungen eine Änderung im Beitrags- und Unterstützungsweise Platz greifen müßte, daß aber angesichts der mißlichen Wirtschaftslage eine solche Änderung außerordentlich schwer durchzuführen gewesen wäre. Doch selbst bei einer Verschiebung des Verbandstages um ein Jahr — wenn in bezug auf die Beitragsleistung und Unterstützungen alles bis dorthin beim alten bleiben sollte — wäre es doch notwendig, sich die Frage ganz ernstlich vorzulegen, ob nicht in bezug auf die Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung, die nun eben einmal eine Sonderstellung in Unterstützungsweise des Verbandes einnimmt, eine Änderung angezeigt wäre angesichts der Tatsache, daß die Einnahmen für diesen Unterstützungsweig die Ausgaben schon weit überschritten haben. Er nahm damals bereits in Aussicht, eventuell die Regelung dieser Frage durch diejenigen Mitglieder vornehmen zu lassen, die an der Beitragszahlung für die Invalidenunterstützung beteiligt sind.

Inzwischen sind wieder drei Vierteljahre ins Land gegangen, und statt einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist eine weitere katastrophale Verschlechterung eingetreten. Die Krise, die erst nur Deutschland sehr hart traf, hat sich nun zu einer Weltwirtschaftskrise ausgewachsen, so daß man mindestens für Deutschland noch für geraume Zeit mit einer außerordentlich ungünstigen Konjunktur zu rechnen haben wird.

Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist allgemein und insonderheit in unserem Verband weit über das früher üblich gewesene Maß hinaus gestiegen. Rechnete man in den früheren Jahren durchschnittlich mit etwa 6 bis 8 Proz. Arbeitsloser, so zeigte das Jahr 1930

20 Proz. und das Jahr 1931 weist bis einschließlich des dritten Quartals einen Durchschnitt von rund 28 Proz. auf, während sich die Zahl der Kurzarbeiter im Durchschnitt auf etwa 35 Proz. beläuft.

Diese gewaltige Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wirkt sich naturgemäß auf das Finanzgebaren des Verbandes äußerst ungünstig aus. Die Beitragsleistung geht stark zurück, während sich die Ausgaben für Unterstützungen ganz ungeheuer steigern. Schon ein Vergleich der Jahre 1928 und 1930 zeigt das mit aller Deutlichkeit. Im Jahre 1930 wurden rund 203 000 Mk. weniger an Beiträgen vereinnahmt, während rund 680 000 Mk. mehr an Unterstützung ausgewandt werden mußten als im Jahre 1928. Diese beiden Ziffern zeigen schon die außerordentlich starke Beeinflussung der Verbandsfinauzen durch die Wirtschaftskrise. Das Jahr 1931 wird gegenüber dem Jahre 1928 voraussichtlich noch ungünstiger ausfallen.

Wenn trotzdem die Verbandsstufe die statutarischen Verpflichtungen bisher zu erfüllen vermochte und sie auch aller Voraussicht nach bis zur Abhaltung des nächsten Verbandstages erfüllen kann, dann muß nunmehr doch, mögen die Verhältnisse noch so ungünstig liegen, im kommenden Jahr ein Verbandstag zusammen treten, um zu beraten und zu beschließen, was nun angesichts der über uns hereingebrochenen Finanznot für die Folgezeit zu geschehen hat.

Wie bereits bemerkt, nimmt die Invalidenunterstützung eine Sonderstellung in Unterstützungsweise des Verbandes ein. Schon bei der Einführung derselben im Jahre 1907 bzw. 1910 wurde beschlossen, die für die Invalidenunterstützung aufkommenden Beiträge als gesonderten Fonds bei der Verbandskasse zu führen. Man hatte einen starken Reservefonds in Aussicht genommen, um in kritischen Situationen, d. h. in Zeiten, in denen sich die Zahl der als invalide zu unterstützenden Mitglieder erheblich steigerte, auch ohne Beitragserhöhung auf eine gewisse Zeit auszukommen und für den Fall der Auflösung der Kasse die vorhandenen Invaliden tunlichst lange, möglichst bis zu deren Ableben, unterstützen zu können. Die Erreichung dieses Zieles, das auch jetzt noch im Auge behalten werden muß, wurde durch die Inflation außerordentlich gestört. 600 000 Mk. waren als Reserven für die Invalidenunterstützung am Ende des vierten Quartals 1918 vorhanden, auf 6800 Mk. waren sie am Ende des Jahres 1924 infolge der Inflation zusammengeschnitten. Dieser gewaltige Verlust von rund 593 000 Mk. bedeutete ein

großes Manko, das auf die Entwicklung der Reserven außerordentlich störend gewirkt hat.

Wenn nun jetzt erneut wieder 675 000 Mk. als Reserven angeammelt worden sind, dann ist das gewiß ein Fortschritt; doch ist inzwischen auch das Risiko so stark gewachsen, daß diese Reserven die Gewähr in dem bereits gesagten Sinne nicht zu bieten vermögen. Ihre weitere Entwicklung muß also unter allen Umständen gefördert werden, wenn die Kasse einen dauernden Bestand haben und alle, die ihr Vertrauen in diese Unterstützungseinrichtung gesetzt haben, nicht enttäuscht werden sollen.

Die Wirtschaftskatastrophe hat gerade in bezug auf diese Einrichtung des Verbandes einen außerordentlich starken Einfluß ausgeübt. Die Zahl der Invalidenmitglieder steigt immer mehr an, so daß die für sie aufzuwendenden Unterstützungen die Einnahmen um nahezu 150 Proz. überschreiten. Das will besagen, daß zwei Fünftel durch Beiträge aufgebracht werden, während drei Fünftel der Ausgaben aus den Reserven entnommen werden müssen. Daß ein solcher Zustand unhaltbar ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Der kommende Verbandstag wird endgültig darüber zu befinden haben, wie diese Unterstützungseinrichtung für die Folgezeit ausgestaltet werden soll. Aber das eine kann heute schon vorweg gesagt werden, daß mit der gegenwärtigen Beitragsleistung von 10 und 20 Pf. pro Woche die Unterstützungseinrichtung überhaupt nicht mehr lebensfähig ist. Der Beitrag hierfür muß ganz wesentlich erhöht oder die Unterstützungen entsprechend gesenkt werden. Der Vorstand glaubt aber annehmen zu dürfen, daß gerade diese Unterstützungseinrichtung infolge ihres außerordentlich wohlthätigen Charakters von den Mitgliedern so hoch geschätzt wird, daß sie gern bereit sind, einen erhöhten Beitrag hierfür zu entrichten.

Er schlägt den an der Invalidenunterstützung beteiligten Mitgliedern daher vor, durch Abstimmung sich dafür auszusprechen, daß der Beitragsanteil zunächst von 20 auf 40 Pf. und von 10 auf 20 Pf. erhöht wird, d. h. also, daß für die fünfte Klasse der Beitrag ab 1. Januar 1932 anstatt 1,50 Mk. dann 1,70 Mk. betragen soll, in der vierten Klasse anstatt jetzt 1,20 Mk. dann 1,30 Mk., und daß diejenigen Mitglieder der dritten Klasse, die bis jetzt einen Beitrag einschließlich Invalidenanteil von 85 Pf. bezahlen, nunmehr einen solchen von 95 Pf. zu entrichten haben.

Mit dieser Erhöhung der Beiträge wäre es trotzdem immer noch so, daß aus den Reserven etwa 25 Proz. der zu zahlenden Unterstützung für die Invaliden genommen werden müssen.

Da aber die Wirtschaftskrise noch nicht abgeschlossen ist und damit auch aller Voraussicht nach sich eine weitere Steigerung der Invalidenzahl bemerkbar machen wird, muß alles Weitere in bezug auf die Sanierung dieser Einrichtung dem nächsten Verbandstag überlassen bleiben.

Die Abstimmung soll, wie aus der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes ersichtlich ist,

in der Zeit vom 22. November bis zum 5. Dezember stattfinden. Der Verbandsvorstand glaubt annehmen zu dürfen, daß trotz der äußerst ungünstigen Zeitverhältnisse die in Frage kommenden Mitglieder sich der Tragweite ihrer Abstimmung bewußt sein werden und im Interesse ihrer selbst — im Hinblick auf ihre eventuelle Invalidität — das von ihnen gewünschte Opfer bringen.

Der Verbandsvorstand.

50 Jahre Zahlstelle Stuttgart.

Die Anfänge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Buchbinder in Stuttgart reichen bis in das Jahr 1869 zurück. Der damalige Fachverein ist durch den Krieg nicht über ein Anfangsstadium hinausgekommen. Der Gedanke aber, daß die wirtschaftlichen Interessen der Gehilfen nur durch eine Zusammenfassung aller Kräfte gefördert werden können, hatte Fuß gefaßt, und im September 1871 wurde schon wieder der „Verein der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige“ aus der Taufe gehoben. Die erste Handlung dieses Vereins war eine Lohnbewegung mit der Forderung, den Lohn um 25 Proz. zu erhöhen. Die Unternehmer haben den Gehilfenverein keiner Antwort gewürdigt. Erst im nächsten Jahr bequerten sich die Meister zu Verhandlungen und zu einem Entgegenkommen, indem sie 16 $\frac{3}{4}$ Proz. Lohn-erhöhung zugestanden, doch wurden bei der erstmaligen Auszahlung die Verbesserungen früherer Jahre in Abzug gebracht, so daß von einer Lohn-erhöhung nicht gesprochen werden konnte. „Die Gehilfenschaft war aber nicht stark genug, sich durchzusetzen, da eine durchgreifende Verbindung nach außen fehlte und ein großer Teil der Kollegen, meist solche, die dem Verein nicht angehörten, mit dem erhaltenen Fußtritt zufrieden waren.“ So schrieb Kollege Dietrich damals im „Volksstaat“, dem Organ der Sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung.

Im Jahre 1872 erließ Kollege Dietrich einen Aufruf, der den Zusammenschluß der Buchbinderfachvereine zu einer großen schlagkräftigen Organisation forderte. Als Folge davon wurde 1873 in Nürnberg der „Verband der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige“ gegründet. Stuttgart war bei dieser Gründung hervorragend beteiligt; Kollege Dietrich hielt ein programmatisches Referat und wurde als Vorsitzender der Kontrollkommission gewählt. Stuttgart zählte damals 111 Mitglieder. Dietrich wurde infolge seiner Tätigkeit auf die schwarze Liste gesetzt. Seinen Unterhalt mußte er nunmehr als Gastwirt verdienen. — Eßlingen, das immer aktiv mit bei der Sache war und heute zur Zahlstelle Stuttgart gehört, hat 1875 ebenfalls elf Mehrregelungen ertragen müssen. — Im gleichen Jahr wurde der erste Verbandsarbeitsnachweis ins Leben gerufen.

Der Gedanke, eine Arbeitslosen- und Invalidenkasse einzuführen, wurde vom Kollegen Dietrich lebhaft propagiert und im Jahre 1877 vom Verbandstag auch beschlossen. — Das Sozialistengesetz hat auch dieser Organisation das Lebenslicht ausgeblasen. Aber bald hatten die Buchbinder einen Ausweg gefunden; sie bauten die früheren Verbindungen wieder auf, indem sie Reiseunterstützungskassen einführten, die sich zu einem Kartellverband zusammenschlossen, dessen Vorstand in Stuttgart seinen Sitz hatte.

Am 15. August 1881 kamen in Stuttgart die Buchbinder, Portefeuliker, Kartonnagenarbeiter und Linierer zusammen, um einen Vortrag über „Die verschiedenen Mißstände in unseren

Branchen und deren Abhilfe“ zu hören. Die Versammlung wurde einberufen in der Absicht, einen Fachverein neu zu gründen. Wir haben diesen Tag als den Geburtstag der Zahlstelle zu betrachten. Am 27. August fand die konstituierende Versammlung statt, in deren Verlauf Kollege Bundschuh als Vorsitzender, Bauermann als Kassierer und Wurst als Schriftführer gewählt wurden. An der Wiege des Geburtstagskinds standen 200 Kollegen, die alle mir dazu beitrugen, daß das Kind die kommenden schwierigen Zeiten überlebte und bis zum heutigen Tage kräftig gedieh.

Von Stuttgart gingen mehrere Flugblätter hinaus in das Reich unter die Kollegenschaft mit einer Aufforderung zum Zusammenschluß. Dieser Aufruf hatte den Erfolg, daß am 4. April 1885 der Kongreß der Buchbinder in Offenbach zusammentreten konnte. Delegierte von Stuttgart waren die Kollegen Dietrich und Bauermann, die 240 Mitglieder zu vertreten hatten. Dieser Kongreß wurde die Geburtsstunde für den Verband der Buchbinder. Als Sitz des Vorstandes wurde Stuttgart bestimmt und Kollege Adam Dietrich zum Vorsitzenden gewählt.

Schon im Dezember 1885 mußte sich ein außerordentlicher Verbandstag in Stuttgart mit der Abänderung des Statuts befassen, um einer Auflösung zu entgehen. Man half sich, indem alle Unterstützungen als Geschenke erklärt wurden, auf die die Mitglieder keine Rechte geltend machen konnten. Auch die Stuttgarter Stadtdirektion wollte während des Sozialistengesetzes nicht hinter den norddeutschen Städten zurückbleiben und beschlagnahmte die „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 46 im Jahre 1889, in der ein „revolutionärer“ Leitartikel enthalten war mit dem Titel: „Kann die wirtschaftliche Lebenshaltung der Arbeiter durch Konsumvereine gehoben werden?“ Stuttgart wurde trotzdem das Asyl für manchen aus Preußen und Sachsen ausgewiesenen Kollegen. — Um diese Zeit gab es in Stuttgart 118 Betriebe mit 774 Beschäftigten. Leider besitzen wir keine näheren Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen; doch darf angenommen werden, daß die Arbeitszeit elf Stunden, der Minimallohn 15 Mk. wöchentlich betrug, wie in den übrigen Großstädten des Reiches auch.

Am 22. Juli 1889 gründeten die Kolleginnen einen Arbeiterinnenverein, der es im 1. Quartal 1890 auf 68, im 2. Quartal auf 124 Mitglieder brachte. Dieser selbständige Verein wurde später dem Verbandszugeführt.

Das Ueberstundenunwesen stand in den Monaten vor Weihnachten in heller Blüte. Stuttgart war es auch hier, das zuerst die Initiative ergriff und die Beseitigung dieser Zustände erstrebte. Eine Vereinbarung mit den Unternehmern vom 27. Juni 1885 wurde erzielt, die für Ueberstunden einen Zuschlag von 25 Proz. für Zeitlohnarbeiter zum Inhalt hatte. Die Leipziger Kollegenschaft trat wegen dieser Frage

in einen Streit ein. Sofort zeigte sich die Solidarität der Stuttgarter, indem sie die Streitenden mit 548,40 Mk. gesammelter Gelder unterstützten. Diese Opferfreudigkeit war bewundernswert, wenn man die oben angegebenen Löhne in Betracht zieht.

1889 wurde in Stuttgart die zehnstündige Arbeitszeit einschließlich 15 Minuten Frühstückspause festgelegt. Der Minimallohn für einen minderleistungsfähigen Arbeiter betrug 14,50 Mk., gute Gehilfen sollten nicht mit unter 16 Mk. entlohnt werden. Ueberstunden wurden mit 25 Proz. Zuschlag berechnet und auch die Bezahlung der Feiertage zugestanden. Damit war Stuttgart den übrigen größeren Städten vorausgeeilt. Eine statistische Erhebung im Reich ergab, daß die Arbeitszeit in 70 Orten 11 bis 13 Stunden täglich betrug. Der Mitgliederstand der Zahlstelle war auf 305 Kollegen und 60 Kolleginnen gestiegen.

In den Köpfen der Mitgliedschaft ganz Deutschlands rumorte es 1896, vor allem in den drei maßgebenden Städten des Buchgewerbes: Berlin, Leipzig und Stuttgart. „Verbesserung des Lebensniveaus unter allen Umständen“ war die Losung. Forderungen waren: Beseitigung der zehnstündigen Arbeitszeit, oder in solchen Orten, in denen noch länger als zehn Stunden gearbeitet wurde, Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, Erhöhung des Lohnes entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Ueberzeitarbeit oder, wo das nicht möglich war, 25 Proz. Zuschlag. Die Stuttgarter griffen zuerst an. Am 8. und 13. August waren die ersten Versammlungen, am 22. August standen schon drei Betriebe im Kampf, denen am 24. August weitere folgten. Am 9. September wurde die Arbeit wieder ausgenommen. Die Streitenden hatten einen vollen Sieg errungen. 500 Personen waren am Streit beteiligt, darunter 150 Kolleginnen.

Schon Jahre vorher begann der Streit um die Schaffung eines Akkordtarifs. Die Stuttgarter Kollegenschaft konnte sich anfangs für diesen Gedanken nicht erwärmen, getreu ihrer Auffassung „Akkord ist Mord“. Diese Frage erhielt eine zwangsläufige Förderung durch die Ausperrung, die 1900 von dem inzwischen ins Leben gerufenen Verband der Buchbindereibeiger im stillen vorbereitet wurde. Die Ausperrung wurde perfekt. Nach dem Plan der Unternehmer sollten 80 Proz. der Belegschaft ausgesperrt werden, 20 Proz. in den Betrieben bleiben, um die notwendigen Arbeiten zu verrichten. Die 20 Proz. haben ihnen eins gepiffen. Der Kampf begann in Stuttgart am 10. August und wurde am 25. und 26. September beendet. Das Resultat war auch diesmal für Stuttgart sehr erfreulich. Die Kolleginnen, für die vorher noch keine Regelung bestand, erhielten Minimallöhne zugestanden. Den Gehilfen wurde der Minimallohn von 17 Mk. auf 20,50 Mk. erhöht. Diese Ausperrung wurde die Geburtsstunde des Dreistädte-tarifs, der die Grundlage für unseren heutigen Reichstarif geworden ist.

Wieder war es die Zahlstelle Stuttgart, die im Jahre 1903 den Anlaß zu einer Tarifrevision gab. Die starke Haltung der drei Tarifstädte brachte es zuwege, daß der Vertrag mit einer Lohn-erhöhung zustande kam. Außerdem wurden die Tariffchiedsgerichte bestimmter gefaßt und das Tarifamt als die oberste Instanz neu geschaffen.

Erwähnenswert für das Jahr 1904 ist, daß auf dem Verbandstag in Dresden der Beschluß gefaßt wurde, den Sitz des Verbandsvorstandes nach Berlin zu verlegen. Zweifellos hat der gesamte Verbandsvorstand, der bis dahin in Stuttgart war, das geistige Leben der Zahlstelle

Pioniere unseres Verbandes

50 Jahre Mitgliedschaft haben vollendet:



M. Einentel
Stuttgart



O. Erdmann
Stuttgart



Th. Henze
Stuttgart



E. Liebing
Stuttgart



O. Mücke
Stuttgart



A. Remmlinger
Stuttgart



K. Kettenmaier
Stuttgart



H. Köhl
Stuttgart



Fr. Schneider
Stuttgart



A. Strohmeyer
Stuttgart



H. Wöchner
Stuttgart



H. Württenberger
Stuttgart

außerordentlich befruchtet, wodurch die Regsamkeit der Mitglieder stark unterstützt wurde.

Bis 1906 wurde die Zeit mit betrieblichen und örtlichen Streitereien über die Auslegung des Tarifs ausgefüllt. Das Jahr 1906 selbst ist in der Geschichte der Zahlstelle von außerordentlicher Bedeutung. Im Januar waren die Arbeiten für einen Vertrag, der auch andere Orte aufnehmen sollte, soweit gediehen, daß der Vorstand mit der Tariffkommission an den Unternehmerverband herantreten konnte, um eine Revision und Verbesserung des Vertrages herbeizuführen. Ein Entgegenkommen war nicht zu verspüren; es wurde im Gegenteil beobachtet, daß der Gegner Vorbereitungen zu einem längeren Kampf traf. Der 1. Mai war der Anlaß, um den Streik vom Zaune zu brechen. Die Berliner Kollegenschaft wurde ausgesperrt und die Berliner Buchbindereibefugter sandten nun ihre Arbeiten nach Leipzig und Stuttgart. In beiden Städten wurde die Fertigstellung der Streikarbeit verweigert, was ebenfalls mit Aussperrung beantwortet wurde. Die Stimmung war bis zum Schluß glänzend, wie die Versammlung am 18. Juli bewies, in der beschlossen wurde, weiter zu kämpfen, bis den Forderungen, die in einer Resolution festgelegt wurden, Rechnung getragen werde. Die Zahlstelle zählte damals 678 Kollegen und 494 Kolleginnen, von denen 353 Kollegen und 240 Kolleginnen am Kampfe beteiligt waren. Am 1. August wurde die Aussperrung beendet, 64 Opfer blieben als Gemahregelte auf der Walfstatt. Ein ungemein erbittert geführter Kampf hatte nach 13wöchiger Dauer unter den ungünstigsten Umständen für die Arbeiterchaft sein Ende erreicht. Die Stuttgarter Kollegenschaft hat sich in diesem Kampf ganz hervorragend geschlagen. Daß sich nach einem solch ausgedehnten Kampfe die Gemüter nicht sofort wieder beruhigten, liegt auf der Hand. Die Zahlstellenverwaltung, die Tariffkommission und die einzelnen Mitglieder in den Betrieben hatten noch manches Jahr einen stillen, zähen Kampf



Johs. Würzbach
Stuttgart

zu führen, bis die Unternehmer zur Tariftreue erzogen waren.

So gingen die Jahre dahin. Der Tarifvertrag wurde zweimal mit einigen Verbesserungen verlängert, so daß größere Auseinandersetzungen nicht mehr zu verzeichnen waren.

Der Weltkrieg hat auch unser Gewerbe im Anfang fast zum Erliegen gebracht. Später sorgten die Kriegsliteratur, Romane und Zeitschriften, für gute Beschäftigung. Bei Kriegsausbruch zählte die Zahlstelle 845 Kollegen und 685 Kolleginnen. Ein großer Teil unserer wehrfähigen Kollegen wurde zum Kriegsdienst eingezogen. 64 treue Mitglieder mußten die Segnungen des „reinigenden Stahlbades“ mit dem Leben bezahlen, hunderte kehrten an Leib und Seele geschädigt heim.

Nach Kriegsende betrug der Mitgliederstand 602 Kollegen und 1110 Kolleginnen. Die Steigerung der Zahl der Kolleginnen ist darauf zurückzuführen, daß sich die Briefumschlag- und Kartonnagenbranche zu organisieren begann. Was in früheren Jahren und Jahrzehnten trotz intensiver Agitation nie gelang, hat die politische Umwälzung zuwege gebracht. Ein Ansturm von neuen Mitgliedern war zu verzeichnen, so daß die Verwaltung kaum mit der Ausstellung von Mitgliedskarten folgen konnte. Bis zum 4. Quartal 1922 stieg die Zahlstelle bis auf 3444 Mit-

glieder, um auf 1764 im Jahre 1926 wieder zu sinken. Auf die Gründe dieses Aufstiegs und Wiederzurücksinkens können wir aus Raumrücksichten nicht eingehen; sie liegen in der materialistischen Zeit begründet. Die Arbeiterbewegung braucht, um vorwärtszukommen, sehr viel Idealismus. Materialismus als Triebfeder allein macht die Bewegung öde und leer.

Infolge der Schaffung von Reichstarrifverträgen sind örtliche Bewegungen größeren Ausmaßes nicht mehr vorgekommen. Betriebliche Streiks wurden bei der Firma Koch und José del Monte nach mehrwöchiger Dauer zu mehr oder weniger großem Vorteil für die Belegschaften geführt. Nur einmal, im August 1922, trat die Kollegenschaft der Buchbindereien, Geschäftsbuch- und Briefumschlagfabriken in einen allgemeinen Streik ein, um die Lohnverhandlungen zu beschleunigen und das Resultat günstiger zu gestalten. Nach drei Tagen wurde der Streik abgebrochen, nachdem das Ziel erreicht war.

Wenn man in der Geschichte der Zahlstelle forscht, dann fällt sehr angenehm auf, daß in allen Versammlungen versucht wurde, durch belehrende Vorträge geistige Anregungen zu geben, Bildung und Wissen unter den Mitgliedern zu verbreiten, um sie für die Kämpfe um die Verbesserung ihres Lebensniveaus vorzubereiten. Daß diese Arbeit unserer Alten reiche Früchte getragen hat, beweisen die heutigen Zeiten, wo uns doch wahrlich nichts an Not und Elend erspart bleibt und trotzdem eine mustergültige Disziplin herrscht. Die Kollegenschaft hat durch diese Erziehung wirtschaftlich und politisch denken gelernt und weiß, daß nicht Gewalt, sondern nur logische Entwicklung die wirtschaftliche und politische Umwälzung zugunsten der Arbeiterchaft fördern kann. Daß hierzu eine starke, geschlossene, in sich selbst einige Arbeiterchaft gehört, ist in unseren Mitgliederkreisen geistiges Allgemeingut geworden.

Fünfzig Jahre Organisation.

Eine Schilderung früherer Berufsverhältnisse für die Jungen.

Daß die Zahlstelle Stuttgart in diesen fünfzig Jahren, in denen sie manchen heftigen Sturm über sich ergehen lassen mußte, auch innere, mitunter sehr starke Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Verbandes usw. zu bestehen hatte, immer lebensfähig blieb und zu ihrer heutigen Stärke anwachsen konnte, verdanken wir in erster Linie einer großen Anzahl von tüchtigen Funktionären, von denen wir einige herausgreifen wollen, die sich besonders verdient gemacht haben. Es sind dies die Kollegen A. Dietrich, G. Nag, Fr. Bihl, G. Wurst, E. Hauelsen, W. Hug, J. Seebald, Chr. Schopper, E. Lang, W. Bergmann, H. Rehberg, Fr. Lender, W. Decker, E. Jöhler, W. Bäuml, P. Vogel, R. Frey, H. Böttcher, R. Banzhaf, O. Schröter, H. Dürr, K. Hemminger, W. Drehwald. Ihnen sei für ihre aufopferungswolle Tätigkeit herzlich gedankt. Auch den vielen hundert Funktionären, die wir hier nicht alle aufzählen können, die in stiller anspruchsloser Weise in zäher Kleinarbeit für unsere Sache gewirkt haben und die heute noch rastlos wirken, unsern herzlichsten Dank.

In der Geschichte der Zahlstelle hat der Buchbinder-Männerchor eine ganz hervorragende Rolle gespielt. In früheren Jahrzehnten, namentlich während des Sozialistengesetzes, konnte die Zahlstelle überhaupt nur durch den Männerchor über Wasser gehalten werden, indem unter dem Deckmantel des Gesanges die Arbeiten der Zahlstelle erledigt wurden. Alle Veranstaltungen, die die Zahlstelle getroffen hat, wurden und werden bis heute noch vom Buchbinder-Männerchor durch Gesang verschönt. Es ist uns ein Bedürfnis, die Tätigkeit des Männerchors auch in dem Rückblick auf die Geschichte der Zahlstelle besonders zu erwähnen und auch an dieser Stelle unsern tiefgefühltesten Dank zum Ausdruck zu bringen. Im nächsten Jahr begeht dieser Verein die Feier seines 60jährigen Bestehens.

Der Kreis der alten Kollegen, die die Zahlstelle auf ihrem Wege unterstützt und vorwärtsgetrieben haben, lichtet sich immer mehr. Der Krieg hat eine ganze Generation vernichtet, und die heutige hat von den unerhörten Anstrengungen unserer Vorkämpfer kaum eine Ahnung. Es ist ein Fehler unserer jungen Kollegen, daß sie sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung so wenig befassen. Nur aus der Geschichte kann man lernen und darauf weiter bauen und vorwärtstreiben. Die Umwälzung des deutschen Staates von der Monarchie zur demokratischen Republik hat der Arbeiterschaft Rechte gegeben, um die vorher jahrzehntelang vergeblich gekämpft wurde. Wir greifen heraus den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, das Tarifrecht, das Arbeitsrecht, das Arbeitsgerichtsrecht, die Sozialversicherung, die Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, um zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft in der heutigen Wirtschaftskrise nicht nur ihre Ketten, sondern noch viel mehr zu verlieren hat.

Große Kämpfe stehen uns noch bevor. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt immer schärfere Formen an. Auch unsere Unternehmer streben bewußt danach, die Rechte der Arbeiterschaft zu beschneiden, die Tarifverträge zu verschlechtern, das Lebensniveau des Arbeiters herabzudrücken. Möge sich die Kollegenschaft des Ernstes der Zeit bewußt sein und für die kommenden Auseinandersetzungen den gleichen Willen bekunden, der in der Zahlstelle Stuttgart in den letzten fünfzig Jahren geherrscht hat, dann wird der Ansturm des Gegners gebrochen und der Weg frei für einen neuen Aufstieg.

P. D.

Wenn sich jetzt Stuttgart, die Pionierstadt unseres Verbandes, anschaut, dem Beispiel Hannovers zu folgen und unter Einrechnung der Bestandszeit der Vorläufer unseres Verbandes eine 50jährige Gründungsfeier zu begehen, und wenn man junge, oft auch ältere Kollegen und besonders Kolleginnen sagen hört: „Ach Verband, was nützt der mir, was leistet der Verband für uns? Nichts!“, dann ist das für einen alten Verbandsveteranen geradezu anreizend, wie mit einem Scheinwerfer zurückzuleuchten auf die Berufsverhältnisse vor 50 und mehr Jahren.

Zur damaligen Zeit war auch in Stuttgart unser Beruf fast ausschließlich noch Kleingewerblich, wie eine Statistik aus jenen Jahren beweist, die von einigen Kollegen unter fast unsäglichem Schwierigkeiten aufgemacht wurde. Nur in wenigen Mittelbetrieben waren geringe Ansätze zu Großbetrieben vorhanden. Es wurde alles noch von Hand gearbeitet, die Maschinen haben erst wesentlich später ihren Siegeslauf begonnen. Von all den Maschinen, mit denen man heute Rationalisierung betreibt, war noch nichts bekannt.

Besonders die „Lehrbuben“ hatten in jener Zeit nichts zu lachen, sie hatten alle — auch in den Mittelbetrieben — beim Meister Kost und Logis, wobei hauptsächlich letzteres meist sehr fragwürdiger Natur war. Schreiber dieses wurde in den sechziger Jahren von seinen Eltern nach St. in die Lehre gebracht. In weiser Voraussicht sagte der Vater: „Harre aus und vergiß nicht: Lehrjahre sind keine Herrenjahre.“ Und so war es auch. Die Arbeitszeit überlang, bis zu zwölf Stunden. Damit waren jedoch die Obliegenheiten des „Lehrbuben“ noch nicht erschöpft, denn dann kam das Aufräumen, Spähne fassen, Austehren und Kleistererschüssel zusammenstreichen. Im Winter waren die Defen zu richten und morgens rechtzeitig anzuhetzen. Auch die Meisterin stellte Ansprüche an die Arbeitskraft des „Lehrbuben“. Da waren Brennstoffe herbeizuschaffen, Schuhe zu putzen, Straße zu kehren, Quellwasser zu holen u. a. m. Ging das Meisterpaar abends aus, dann genoß er noch das Vergnügen, die Kinder zu behüten. Und das alles bei äußerst schmaler Kost. Von dem Wort: „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden.“, war den frommen Leuten offenbar nichts bekannt. So wird mancher Lehrbube mehr tot als lebendig auf sein dürftiges Lager gesunken sein.

Seht, ihr, junge Freunde, so hatte es der „Lehrbube“ einst fast immer und überall, wie mir mein Umgang bestätigte. Nun vergleicht, um wie vieles ihr es heute besser habt. 3½ Jahre dauerte diese buchstäbliche Hungerszeit. Das Beste an ihr war, daß auch sie ein Ende nahm. Allzuviel war aber noch nicht gewonnen. Denn jetzt boten die Meister (Arbeitgeber zu sagen, wäre zu viel Ehre) ihren Ausgelernten 8 bis 10 Mark Wochenlohn, natürlich ohne Kost.

Das war aber nur möglich infolge des Fehlens einer Organisation, denn die früher bestandene Organisation war ja dem berückichtigten Sozialistengesetz zum Opfer gefallen. Aber bald, schon zu Anfang der achtziger Jahre fand sich eine — wenn auch verhältnismäßig beschränkte — Anzahl wackerer Kollegen zusammen, die allen Polizeihilfswachen zum Trotz Fach- und Unterstützungsvereine gründeten. Über vierzehntägig waren Versammlungen, von einem trefflichen Geist belebt, aber auch wahrscheinlich

gerade deswegen — polizeilich überwacht. Die Tagesordnungen fanden das regste polizeiliche Interesse. Doch der Drang, bessere Berufsverhältnisse zu schaffen, war stärker und überwand alle Hindernisse. Es war aber auch bitter nötig, wurden doch Anno 1888 im damals größten Betrieb in Stuttgart noch junge Kollegen mit 12 Mark und verheiratete Kollegen noch mit 15 bis 18 Mark entlohnt bei einer Arbeitszeit an allen sechs Werktagen von 10 bis 10½ Stunden.

Als sich im Jahre 1885 die in den Hauptorten des Berufes bestehenden Fach- und Unterstützungsvereine unter Führung Stuttgarts zu einem Verband von Vereinen zusammenschlossen hatten (Vorort wurde Stuttgart), regte dieser bald die Schwingen. Schon 1889 wurden in den größeren Städten, darunter in Stuttgart, Forderungen auf kürzere Arbeitszeit und auf Minimallöhne gestellt und meist mit Erfolg durchgesetzt, aber auch mit dem Erfolg, daß sich die Meister, jetzt Arbeitgeber genannt, straffer organisierten. Das brachte mit sich, daß mancher wackere Kollege oft nicht nur den Arbeitsplatz wechseln mußte, sondern auch den Ort, die Stadt. Die Arbeitgeber mochten die Organisierten nicht dulden.

Die zunehmende Mechanisierung der Arbeit und die Ausbreitung der Akkordarbeit führten zur Schaffung von Tarifen. Um die Tariftämpfe besser bestehen zu können, verbandelte sich der Verband 1893 in einen Verband von Einzelmitgliedern und Zahlstellen, Vorort blieb Stuttgart. Mittlerweile waren auch die Kolleginnen organisiert worden, ein lange umstrittenes Problem. Es bedurfte wohl vieler Mühen und Geduld, bis das Gros der Kolleginnen organisiert war, bis es seinen eigenen Vorteil begriff und sich dem Verband anschloß. Eine Episode mag hier erwähnt sein. Es ist schon angeführt worden, daß die Arbeit früher auch Sonnabends gleich lang wie an den anderen Wochentagen war. Dann kam zum Schutz der Frauen die gesetzliche Bestimmung, daß an Sonnabenden und den Vorabenden von Festtagen weibliche Arbeitskräfte nicht länger als acht Stunden, mit Ende um 5 Uhr, beschäftigt werden dürfen. Das wirbelte bei der deutschen Arbeiterschaft soviel Staub auf, als wäre die deutsche Wirtschaft gefährdet, wenn jetzt die Betriebe am Sonnabend bis zu zwei Stunden früher schließen müssen. Bald kam es aber noch besser, denn es kam der Fortschritt von oben. Ein gewisser Mangel an weiblichen Arbeitskräften (welch herrliche Zeit!) veranlaßte meines Wissens zuerst die Textilindustrie, um die weibliche Arbeitskraft anzuziehen, ihre Betriebe Sonnabendnachmittags ganz zu schließen. Die anderen Industrien mußten notgedrungen diesem Beispiel folgen. So kam der freie Sonnabendnachmittag zustande. Unstreitig war diese wohlthätige Neuerung der Organisation zu verdanken.

In noch viel höherem Maße trifft dies bei der Feriengewährung zu. So einflußreich die Gesellenvereinigungen, auch Bruderschaften genannt, zur Zeit der Blüte der Zünfte im Mittelalter und bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts waren, zu einer Einführung von Ferien reichte es nicht. Erst den Organisationen der neuesten Zeit blieb es vorbehalten, die Einführung von Ferien zu erstreiten. Das erste war, daß einzelne Firmen einem Kreis wohlgestellter Arbeitskräfte einige Tage Freizeit vergönnten. Das waren die ersten Ansätze zur heutigen Feriengestaltung. Schreiber dieses war um die Jahrhundertwende 15 Jahre in einem an-

gefahrenen Betrieb, als ihm eröffnet wurde, er könne einige Tage ausspannen. Bis zu den heutigen tarifmäßig vereinbarten Ferien war noch ein langer Weg.

Auch auf die Gestaltung der Lehrvertragsbedingungen übte die Organisation einen nachhaltigen günstigen Einfluß aus. Heute weiß jeder Lehrling, was für ihn rechtens ist, weiß auch jedes junge Mädchen, was es zu beanspruchen hat. Wie ganz anders in der organisationslosen Zeit! Wenn im Laufe der Jahrzehnte unser Verband etappenweise die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse geregelt und sich damit als würdiges Mitglied der gesamten Arbeiterbewegung gezeigt hat, dann ist mit Recht zu fragen: „Wer wagt es noch, zu behaupten, unser Verband leiste nichts, habe nichts geleistet?“ Die das noch zu behaupten wagen, tun es aus Bosheit und gegen besseres Wissen. Gewiß gibt es weite Kreise jüngerer Kollegen und Kolleginnen, die da glauben, alles, was wir vor uns haben, sind die Früchte fünfzigjähriger zäher und aufreibender Kämpfe um bessere Lebensbedingungen, be-

gonnen von jener eingangs erwähnten wackeren Kollegenschar.

Gewiß, gegenwärtig fällt es der Organisation schwer, den Stand zu behaupten, die schwere Krise schlägt uns tiefe Wunden. Lohnabbau überall, Raub der übertariflichen Leistungszulagen und rigorose Behandlung in der betrieblichen Arbeitsgestaltung, drücken schwer auf uns. Die ganze Arbeiterschaft ist hart in Mitleidenschaft gezogen. Doch ziemt es uns, den Mut zu verlieren? Rückschläge kann es immer geben und hat es immer gegeben. Man denke zurück an die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland nach dem 30jährigen Krieg, nach dem 7jährigen Krieg und besonders nach den napoleonischen Kriegen, die alles, nur keine Freiheitskriege in unserem Sinne waren. Ist aber denn nicht die arbeitende Klasse in der Folgezeit auf eine vorher nicht geahnte kulturelle Höhe gekommen? Sie ist es, doch nur, weil sie es verstand, sich emporzuarbeiten. Und so wollen und müssen auch wir es halten, unbeeinträchtigt vorwärts blicken und der Organisation die Treue bewahren. Dann wird es nicht fehlen, daß auch uns wieder freundlichere Sterne winken.

Aug. Kemmlinger, Stuttgart.

Der Ausschuß des ADGB.

trat am 2. Oktober zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongress zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts, sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Verstärkung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Graßmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichstanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Es ist schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen zur Lockerung des Tarifrechts auf den Einfluß der Unternehmer, besonders der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen, zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundurses die Regierung zu der Auflassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmestimmungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Unternehmern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerstückelung der Kartell- und Annuungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen

bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Unternehmer.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte des Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 Proz. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 Proz. der freien Vereinbarung zu überlassen. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparsinns führen würde, oder einer Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer beherrschten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezweigen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 Proz. des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die sechs Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Mark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt

dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen, enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Unternehmer nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser wurde mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die noch erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache. Sie ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechtes unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem öffentlichen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der 40-Stunden-Woche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, denn nur das ist der Erfolg der fortwährenden Drosselung der öffentlichen Ausgaben.

Abschließend ging Seipart ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß der Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeiter beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, sie sehen in der Einsetzung des Komitees einen Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, sechs Arbeitervertreter in den Ausschuß zu berufen. Diese sechs Delegierten sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufstellen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den sechs Vertretern der Arbeiterschaft hat der ADGB zwei zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, wurden Eggert und Tarnow dazu bestimmt.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

Vor schweren Entscheidungen.

Dieser Ueberschrift entsprechen eigentlich die Ausführungen unter dem Stichwort „Veritas“ in Nr. 39 nicht, denn Veritas nimmt die Sache ziemlich leicht. Wenn er meint, der unabwendbare Zwang wäre noch nicht gekommen, dann bin ich anderer Ansicht. Die Klassenabschlüsse und das Geschehen in den Zahlstellen lehrt uns doch, daß es unbedingt an der Zeit ist, einen Auf- bzw. Abbau vorzunehmen, und da halte ich es mit dem Unterkassierer in Nr. 37, der vor einer Beitragserhöhung warnt. Ich bin aber auch nicht für einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung im Sinne der Anregung des Verbandsvorstandes, der die Bezugszeit kürzen will. Denn das Problem der Erwerbslosigkeit liegt heute darin, daß die meisten auf lange Sicht arbeitslos sind. Daher müssen wir eine längere Unterstützungsdauer anstreben, und diese können wir erreichen, wenn wir die bisher gezahlten Beträge auf eine längere Zeit verteilen, wodurch gleichzeitig die Kasse erheblich entlastet würde. Ich schlage zum Beispiel vor, die täglichen Sätze um 25 Proz. herabzusetzen, was eine Verlängerung der Bezugsdauer um ein Drittel bedeuten würde. In Verbindung mit der vorgeschlagenen Auszahlung von 6 Tagen in der Woche ergibt sich sogar eine Verlängerung der Bezugszeit um 50 Proz. Ich führe einige Beispiele an:

V. Klasse: Bisher 150 Tage à 2,— M. = 300 M. oder 22 Wochen einschließlich 3 Tage Karenzzeit, dann 200 Tage à 1,50 M. = 300 M. oder 34 Wochen zu 6 Tagen einschließlich 3 Tage Karenzzeit.

IV. Klasse: bisher 120 Tage à 80 Pf. = 96 M. oder 18 Wochen einschließlich 3 Tage Karenzzeit, dann 160 Tage à 60 Pf. = 96 M. oder 27 Wochen zu 6 Tagen einschließlich 3 Tage Karenzzeit.

III. Klasse: Bisher 90 Tage à 90 Pf. = 81 M. oder 13 Wochen einschließlich 3 Tage Karenzzeit, dann 120 Tage à 67,5 Pf. = 81 M. oder 20 Wochen zu 6 Tagen einschließlich 3 Tage Karenzzeit.

Ich glaube bestimmt, daß manchem Kollegen und Familienvater, die ja meist in der V. Klasse steuern, auf diese Art besser geht, indem er leichter über den Sprung von der Arbeitslosenunterstützung in die Krisenfürsorge hinwegkommt als bisher, da beide ungefähr gleichzeitig ablaufen. Das ist besonders dann der Fall, wenn nach der Aussteuerung in der Zentrale die Lokalkasse eingreift und weiter hilft, so daß in der Zahlstelle, der ich angehöre, eine Unterstützungsdauer von insgesamt 22 Monaten zu verzeichnen wäre.

Die Krankenunterstützung fallen zu lassen, wie Kollege Hanneimann vorschlägt, möchte ich nicht raten. Gerade die Krankenversicherung ist durch die Notverordnungen arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Man müßte allerdings die Sätze entsprechend der Arbeitslosenunterstützung etwas ermäßigen und ebenfalls die Woche zu 6 Tagen rechnen, wobei man dann zweckmäßig die Karenz auch auf 6 Tage festsetzte. Eine Verlängerung der Bezugsdauer wäre hier nicht notwendig, da in den meisten Fällen der Kranke vor Ablauf der Bezugsdauer wieder arbeitsfähig wird.

Bezüglich der Invalidenunterstützung ist von arbeitslosen Kollegen schon des öfteren erklärt worden, daß sie willens seien, einen Anteil zu dieser Unterstützung zu entrichten. Ob das möglich ist, bezweifle ich. Versicherungstechnisch betrachtet steht diese Unterstützungsart sowieso auf schwachen Füßen. In dieser Hinsicht würde ich mich den Vorschlägen des Kollegen Zeun anschließen.

Ich habe versucht, eine wesentliche Entlastung der Kasse ohne Beitragserhöhung und ohne eigentliche Kürzung der Leistungen zu erreichen: Es ist ein Unterschied, ob die Kasse zum Beispiel bei dem ersten Vorschlag 300 M. in 22 Wochen oder in 34 Wochen bereitstellen muß. Es ist natürlich auch dann noch damit zu rechnen, daß zu gewissen Zeiten eine Ueberanpannung der Kasse vorhanden ist. Wir wollen uns auch durch den äußerlich etwas günstigeren Abschluß des II. Quartals, der jetzt eben vorliegt,

nicht täuschen lassen, weil er rund 100 000 M. weniger Mehrausgaben als das I. Quartal aufweist, denn die Beitragseinnahmen sind um rund 30 000 Mark niedriger. Im III. Quartal wird sich das noch schärfer auswirken wegen der enorm gestiegenen Kurzarbeit. Auf diesen Punkt weist Kollege Liebig in Nummer 40 ebenfalls hin. Sein Vorschlag betr. Notstandsbeitrag ist nur sehr kompliziert, auch würde es in der Praxis so sein, daß derjenige, der gerade eine Karenz überschritten hat, kein Interesse daran hätte. Dagegen wäre es wiederum möglich, daß jemand anstatt mit 39 Wochen schon mit 35 Wochen zum erneuten Bezug berechtigt wäre. Es würden dabei zweifellos manche Unannehmlichkeiten auftreten.

Es ist eine heikle und schwere Aufgabe, diese mannigfaltigsten Dinge zum Nutzen der Mitglieder und der Organisation zu lösen. Mögen der Verbandsvorstand und der Beirat baldigt ihr Bestes dazu tun. hg.

*

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Unsere Zeitung brachte in Nr. 31 einen Aufsatz, der sich mit der finanziellen Lage unseres Verbandes befaßt. Die Ueberschrift bezeichnet treffend, daß die Fragen, die zu besprechen der Verbandsvorstand angeregt hat, gerade in der jetzigen Zeit sehr schwer zu meistern sind. Erfreulicherweise haben sich ja auch verschiedene Kollegen in unserer Verbandszeitung zum Wort gemeldet und sind mit den verschiedensten Anregungen hervorgetreten. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Meinungen sehr verschieden sind. Noch weit verschiedener mögen diese erst bei der großen Anzahl der übrigen Mitglieder sein, denn es muß gesagt werden, daß der Begriff Idealismus nur noch sehr wenig Anhänger hat.

Gegen eine Beitragserhöhung werden sich wohl sehr viele wenden, denn den meisten Mitgliedern ist der jetzige Beitrag schon zu hoch. Man mußte oft hören: „Jetzt ist unser Lohn abgebaut, wann werden die Beiträge abgebaut?“ Dabei wird meist nicht in Betracht gezogen, daß ja nicht mit jeder Lohn-erhöhung auch eine Beitragserhöhung erfolgte. Als Beweis dafür sei bemerkt, daß bei der Festsetzung des jetzigen Beitrages am 1. Mai 1927 der Spitzenstundenlohn eines Gehilfen 95 Pf. und der einer Kollegin 54,5 Pf. in Ortsklasse II betrug. In der folgenden Zeit erfuhr die Löhne in derselben Ortsklasse eine Steigerung bis zu 109,5 Pf. für Gehilfen und 63 Pf. für Kolleginnen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß trotz des Lohnabbaus vom 5. Februar 1931, als der Gehilfenstundenlohn auf 102,5 Pf. und der der Kollegin auf 59 Pf. gesenkt wurde, der Lohn immerhin noch höher steht (und zwar um 7,5 resp. 4,5 Pf.) als bei Festlegung des jetzigen Beitrags, dann kann man den Ruf nach Beitragsabbau nicht verstehen. Hinzu kommt, daß gerade in den letzten Jahren der Verband ungeheure Summen für Erwerbslosenunterstützung zu zahlen hatte. Gewiß ist es verständlich, daß von einem großen Teil der Mitglieder, die schon längere Zeit verkürzt arbeiten und noch erwerbslose Angehörige haben, verschiedenes eingespurt werden muß, und so möchten sie auch bei der Beitragszahlung sparen. Doch hier ist schon die Gelegenheit gegeben, um bei starker Kurzarbeit alle zwei oder drei Wochen nur eine Beitragsmarke zu klee.

Es sind jedoch nicht die Kurzarbeiter allein, die den Ruf nach Beitragsabbau ertönen lassen. Auch von den Vollarbeitern stimmt ein Teil hier mit ein. Wir haben Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang an der gleichen Arbeitsstelle sitzen und wenig oder gar nicht verkürzt gearbeitet haben. Wenn es nun gerade diese sind, die immer schreien, dann kann man dies einfach nicht verstehen. Aber meist sind es ja auch die gleichen, die sich in den Versammlungen der Zahlstellen wenig sehen lassen, und kommt man dann zu ihnen, um evtl. einen kleinen Extrabeitrag für die schon längere Zeit erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen zu verlangen, dann wird man unter den verschiedensten Ausreden abgewiesen. Darum kann durch Extramarken allein den Erwerbslosen nicht geholfen werden, und der Verbandsvorstand wird wohl

nicht umhin können, die Beiträge im allgemeinen um ein kleines zu erhöhen, obwohl die Gefahr besteht, daß einzelne Mitglieder ihre Beitragszahlung einstellen werden. Jedes Mitglied, das die Drohung mit Beitragsperre wahrnehmen will, wird es sich wohl vorher noch reiflich überlegen, ob es die erworbenen Rechte so leicht fahren lassen will und kann. Unser Verband hat schon manchem Sturm standgehalten, auch der jetzige wird vorübergehen, ohne daß er uns besonders schaden wird, wenn wir nur geschlossen zusammenstehen.

Der Vorschlag, die Unterstützungen abzubauen, wäre zu ertragen, wenn sich der Abbau in engen Grenzen hält. Der Verband ist ja nicht nur ein Unterstützungsverein, sondern vor allen Dingen eine wirtschaftliche Kampforganisation. Nur warnen möchte ich, die Unterstützungsleistungen ganz fallen zu lassen, wie es z. B. für die Krankenunterstützung vom Kollegen Hanneimann angeregt wurde.

Es wird aber trotz allem erforderlich sein, daß der Verbandsvorstand auch die anderen Ausgaben streng durchsieht und feststellt, was hier evtl. zu streichen wäre. Allerdings kann man über die Kürzung, wie sie gegenwärtig an unserer Verbandszeitung vorgenommen ist, keine Bedenken haben. Diese Reduzierung des Umfangs der Zeitung scheint mir ein kleiner Fehlgriff zu sein. Unsere Zeitung soll von jedem Mitglied gelesen werden. Dem größten Teil der Mitglieder sind selber die verschiedensten Nachrichten nicht so wichtig wie der unterhaltende Teil. Und so besteht die Gefahr, daß ein Teil der Mitglieder die Zeitung achlos beiseitelegt, während sonst beim Lesen der Unterhaltungsbeilagen auch anderes mitgelesen wird, wenn man die Zeitung einmal in der Hand hat. Hier wäre es meiner Ansicht nach angebracht, die Kürzung zurückzunehmen selbst auf die Gefahr hin, daß die Zeitung dann nur vierzehntäglich erscheinen kann.

Unser Wunsch ist: Der Verbandsvorstand möge in seinen Entscheidungen das Richtige treffen, ohne daß wir einen Verlust an Mitgliedern erleiden. Den Kolleginnen und Kollegen jedoch sei gesagt: Seid einig in der Aufrechterhaltung der Schlagkraft unseres Verbandes, auch wenn es materiell schwer fällt. Nach Sturm und Regen folgt Sonnenschein. Scholz-Br.

*

Nehmt es nicht zu leicht!

Der in Nr. 39 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltene und mit „Veritas“ gezeichnete Artikel veranlaßt mich zu folgender Entgegnung: Es ist vollkommen verfehlt, in Anbetracht der jetzigen ungeheuren Wirtschaftsverhältnisse und der damit verbundenen Verringerung des Massenbestandes unseres Verbandes die Delegierten des Düsseldorferverbandsstages mit Vorwürfen zu überschütten. Die Dresdener Kollegen und meines Erachtens mindestens 90 Prozent der gesamten Verbandsstagesdelegierten sind von vornherein mit einer vorsichtigen Meinung in der Beitragsfrage nach Düsseldorf gefahren. Es kann auch nicht gesagt werden, daß bei der damaligen Behandlung der Beitragsfestsetzung ein starkes Reberaufgebot zur Verringerung einer Beitragserhöhung notwendig gewesen wäre. Das Gegenteil war zu verzeichnen. Nur ein einziger Kollege hat sich in recht zaghaften Ausführungen für eine geringe Beitragserhöhung ausgesprochen, die auch nur als Einwand gegen die Kommissionsvorlage in puncto Extrabeitrag gewertet werden konnten. Der betreffende Kollege war Gegner des Antrages 45, der den Mitgliedern den jährlichen für den Widerstandsfonds an die Internationale Buchbinder-Föderation abzuführenden Beitrag als jährlichen Extrabeitrag auferlegen wollte. Die grundsätzliche Ablehnung einer Beitragserhöhung war lange vorher, nachdem 32 Kollegen dazu gesprochen hatten, und bevor die Kommission ihre Beratungen aufnahm, mit übergroßer Mehrheit erfolgt und nicht, wie im genannten Artikel gesagt wird, gegen eine starke Minorität. Mir ist als Teilnehmer des Düsseldorferverbandsstages absolut nicht erinnerlich, daß einer der 77 Delegierten oder ein Mitglied des Verbandsvorstandes oder einer der mit beratender Stimme zugezogenen Gauleiter auch nur in ähnlichem Sinne gesprochen hätte, wie sie im oben bezeichneten Artikel als „Diese Kurzsichtigkeit kann uns unter Umständen bitter aufstoßen“ dargelegt sind. Im übrigen sind die Abschlüsse zur Beitrags- wie zur Unterstützungsfrage

im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand bis auf ganz geringfügige Ausnahmen gefaßt worden.

Ich halte es also für vollkommen abwegig und inkonsequent, wenn man womöglich gar als berufener Teilnehmer an einer so seltenen Tagung, die als höchste Instanz über Wohl und Wehe unserer Organisation die Verantwortung trägt, Beschlüsse nicht zu unterbinden versucht, aber dann, wenn unvorhergesehene Ereignisse, wie die gegenwärtige außerordentliche Wirtschaftskrise, jene Beschlüsse zur Abänderung zwingen, von begangenen Sünden spricht.

Bei dem guten Kassenbestand von 1928 hätte jede — auch die kleinste — Beitragserhöhung wie eine unverständliche Zumutung auf die Mitglieder gewirkt, deren Begründung recht lahm ausfallen mußte. Eine solche Beunruhigung der Mitglieder durch neue Belastungen mußte der Verbandstag vermeiden, zumal ja in der vorherigen Periode die Beiträge zweimal erhöht worden waren.

Nun, werter Kollege „Veritas“, das war die bessere Einsicht, die beachtet worden ist und auch du mußt anerkennen, daß die vorläufig nur für drei Jahre gedachten Düsseldorf Beschlüsse sich glänzend bewährt haben; denn wir erleben ja, daß diese Abänderungen ein weiteres, ein viertes Jahr antreten und in Geltung bleiben.

Wenn schon die Dresdener Beiratsmitglieder im Frühjahr 1930 glaubten, die Initiative ergreifen zu müssen — siehe die Erläuterungen im Jahresbericht 1930, Seite 28 — und damit der Zeit entsprechende Änderungen zugunsten der in Not befindlichen Kollegenschaft und der Kasse im Schilde führten, dann lassen sich darin bei weitem nicht etwa Bestrebungen, jene Sünden von Düsseldorf zu sühnen, erblicken. Vielmehr wird darin einzig und allein nur die aktive Mitarbeit erkennlich, wie sie von jedem Mitglied gewünscht, von den Mandatshabern der Zwischeninstanz, also den Beiratsmitgliedern, als vorausgesetzte Pflicht verlangt werden muß.

Heute nach drei Jahren haben wir ganz andere Gesichtspunkte in unsere Betrachtungen über diese Dinge heranzuziehen, als das in Düsseldorf der Fall sein konnte. Deshalb wäre es sehr interessant und zu begrüßen, wenn sich an der eingeleiteten Aussprache in der „Buchbinder-Zeitung“ über die Darlegungen des Verbandsvorstandes noch recht viele Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Es dürfte sich aber mindestens keiner der 20 Beiratsmitglieder davon ausschließen.

Meine Ansichten über diese Frage habe ich bereits in Nr. 35 der „Buchbinder-Zeitung“ dargelegt und habe dem vorläufig nichts weiter hinzuzufügen, als daß man die geplanten und unumgänglichen Änderungen nicht bis zum nächsten Verbandstag hinauschiebt. Die Verhältnisse zwingen, den Beirat zur gemeinsamen Beratung hinzuzuziehen.

Die bis jetzt in den Aufierungen dargebrachten Gedankengänge bewegen sich ja fast alle, soweit sie nicht von einem enggestellten Ortsstandpunkt getragen sind, sondern die Sache von der grundsätzlichen Seite behandeln, ganz im Rahmen der Vorschläge des Verbandsvorstandes. Einzelwünsche werden erst dann Berücksichtigung finden können, wenn damit auch dem Interesse der gesamten Mitgliedschaft gebient ist.

Zeun, Dresden.

*

Zur Vierzigstundenswoche.

Der Bericht in Nr. 40 der „Buchbinder-Zeitung“ von der Jahrestellenkonferenz im Gau Magdeburg läßt mich sagen, daß ich bei der Einführung der Vierzigstundenswoche keine Vorteile für uns sehe. Der unbefangene Leser kann dabei annehmen, daß ich ein Gegner der von den Gewerkschaften geforderten vierzigstündigen Arbeitszeit sei. Das trifft natürlich nicht zu. Ich halte im Gegenteil eine ganz radikale Herabsetzung der Arbeitszeit zur Verringerung des gewaltigen Arbeitslosenheeres für dringend erforderlich. Wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit zu wenden haben, ist, daß die Kosten für die Arbeitszeitverkürzung ausschließlich zu Lasten der davon betroffenen Arbeiterschaft gehen. Wenn ferner, was nach der bekannnten Einstellung der Unternehmer und höchstwahrscheinlich auch der Regierungsstellen zu erwarten ist, für die ausfallenden Arbeitsstunden kein gesetzlicher Zwang zur Einstellung Erwerbsloser ver-

bunden wird, wäre die ganze Aktion ein Schlag ins Wasser, wäre es eine differte Kurzarbeit, bei der mit allen Mitteln versucht werden würde, Höchstleistungen aus den Arbeitern herauszuholen. Die Massenkaufrkraft würde weiter geschwächt, neue Entlassungen würden die Folge sein. Der Zweck, Entlastung des Arbeitsmarktes, aber würde nicht erreicht. Der Antrag des Musterverbandes auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. spricht mit aller Deutlichkeit aus, was weite Kreise der Arbeiterschaft empfinden. Er lautet:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu einer dauernden Schwächung der Massenkaufrkraft führen. Auch bei ständiger Verkürzung der Arbeitszeit ist den Arbeitern solche Entlohnung zu sichern, die den Bedürfnissen kultivierter Menschen Rechnung trägt und die Aufrechterhaltung der Massenkaufrkraft zur Behebung insbesondere des inneren Marktes ermöglicht.“

Das letztere ist jedoch nicht mehr möglich, wenn nach den bisherigen Belastungen weitere 16 Proz. Lohnabbau durch Einführung der Vierzigstundenswoche der Arbeiterschaft zugemutet werden.

Wie die bisherigen unerträglichen Belastungen im Zeichen des mit so großer Lungentraft gepriesenen Preisabbaues aussehen, soll an einem Beispiele gezeigt werden. Zugrunde gelegt sind die Ausgaben für einen Haushalt von vier Köpfen in der Ortsklasse 4. Seit der letzten Lohnerhöhung am 4. April 1929 sind an neuen Ausgaben entstanden: Mietsteigerung am 1. Juni 1930 6 Proz., am 1. November 1930 5 Proz., zusammen 11 Proz. Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge von 3½ auf 6½ Proz., Erhöhung der Krankentasse von 6 auf 7,4 Proz., Einführung der Krisensteuer 1 Proz., Einführung der Bürgersteuer 9 Mt. zuzüglich 250 Proz. Gemeindefürschlag = 22,50 Mt., zusammen 31,50 Mt. Lohnabbau im Februar 1931 7 Proz. = 3,40 Mt. Gesamtbefastung je Woche 6,40 Mt. = 12 Proz. Nehmen wir noch den Ausfall für acht Stunden bei Einführung der Vierzigstundenswoche mit 7,52 Mt. = 16 Proz. hinzu, dann sind das 13,92 Mt. oder 28 Proz. des sonst verdienten Lohnes.

Zur Mustrierung der weiteren Ausgaben ohne den Lebensunterhalt sollen hier noch die wöchentlichen Abzüge und Abgaben, soweit sie noch nicht eingeschränkt sind, folgen:

Für Krankentassen-, Invaliden- und Erwerbslosenbeitrag sowie	
Lohn- und Krisensteuer	6,38 Mt.
Verband	2,— Mt.
Buchbinder-Krankent.	1,30 Mt.
Buchbinder-Sterbekasse	0,50 Mt.
Familien-Krankentasse	0,50 Mt.
Partei, Reichsbanner	0,40 Mt.
Büchergilde	0,25 Mt.
Tageszeitung	0,50 Mt.
Volksfürsorge	2,— Mt.
Bürgersteuer	0,60 Mt.
	14,43 Mt. = 32 Proz.

Nicht berücksichtigt bei dieser Aufstellung ist die Miete, die von einem nicht geringen Teil der Kollegen für Neubauwohnungen aufgebracht werden muß. Der Satz dafür liegt nicht unter 40 Mt. im Monat. Rechnen wir ferner die unbedingt notwendigen Ausgaben für Kleidung, Schuhwerk und Lebensmittel, dann ergibt sich eine dankenswerte Aufgabe für alle Doktoren der Unternehmerverbände, festzustellen, wie ungemein „günstig“ der Etat der Glücklichen ausfällt, die gegenwärtig noch 48 Stunden arbeiten. Von dem Glend und der Bergweisung der Kurzarbeiter und Unterstützungsempfänger will ich im Rahmen dieses Aufzuges gar nicht reden. Hier Tragödien herauszuziehen, dazu reicht unser Sprachschatz gar nicht aus.

Im Interesse auch unserer vielen Erwerbslosen dürfte es liegen, wenn gegen neue Belastungen der noch in Arbeit Stehenden energisch Front gemacht wird. Letzten Endes sind sie immer noch der Stamm der Beitragszahler, die durch solidarisches Handeln das Gebäude der Organisation intakt halten und durch Opferwilligkeit auch dazu beitragen, die Verbindung mit den außerhalb der Betriebe stehenden Berufsangehörigen aufrechtzuerhalten. Bei weiteren unerträglichen Belastungen dürfte es schwer sein, den Anforderungen des Verbandsvorstandes, wie er sie in dem Artikel „Schwere Entscheidungen“ andeutet, gerecht zu werden.

H a s e, Halberstadt.

*

Ganz wie bei uns!

In Nummer 37 der „Buchbinder-Zeitung“ wurde auf England hingewiesen, wo an der Arbeitslosenunterstützung und an Ausgaben für Kultur und Bildungswesen gespart werden soll, während die Zinslast von jährlich 6 Milliarden Goldmark voll bezahlt wird.

In dieser kurzen Notiz liegt die Erklärung für das Glend der gesamten schaffenden Menschheit. Sechsaufundzwanzig Millionen Goldmark muß das englische Volk Jahr für Jahr aufbringen, ohne daß die Schuld geringer würde. Man stelle sich vor, was 6000 Millionen jährliche Last für ein Volk bedeuten, man stelle sich vor, wie viele kulturelle Werte dafür geschaffen werden könnten. Der englische Staat könnte mit dieser ungeheuren Summe seine ganzen 2 Millionen Arbeitslosen zu tariflichen Löhnen beschäftigen oder den vollen Lohn als Unterstützung auszahlen, so viel ist die ungeheure Summe von jährlich 6 Milliarden Goldmark.

Nun fragen wir uns, wer bekommt nun eigentlich diese 6 Milliarden Goldmark jährlich? England ging doch als Sieger aus dem Weltkrieg hervor. Amerika, ebenfalls ein Siegerstaat, zahlt auch jährlich die gleiche ungeheure Summe Zins, die anderen Siegerstaaten haben ebenfalls jährlich Milliarden Schuldzinsen zu entrichten. Wenn alle Völker zahlen, Sieger wie Besiegte, muß doch jemand da sein, der diese ungeheuren Summen einstreicht. Es ist dies ein Häufchen Börsenmänner, von dem selbst Rathenau sagte, daß sie die eigentlichen Weltbeherrscher sind. Die Arbeiterschaft hat Riesorganisationen geschaffen, sie hat entbehrungsreiche, oft monatelange Kämpfe geführt, sie hat Vertreter in allen Parlamenten, und trotzdem war der Kapitalismus noch nie so allmächtig wie heute, weil wir gegen die Wurzel des Übels, gegen dieses Börsentapital, eigentlich noch gar nicht angeknüpft haben. Da können wir Lohnbewegungen führen, soviel wir wollen, solange uns diese unsichtbare Macht alles wieder nimmt, hat unser Kampf nicht viel Zweck. Denn diese 6 Milliarden zahlt ja der englische Arbeiter, in Deutschland natürlich der deutsche, durch die unerträglichen direkten und indirekten Steuern.

1918 hat sich das Volk von seinen Fürsten befreit. Wenn trotzdem eine Besserung nicht zu bemerken ist, dann liegt es eben daran, daß wir nicht reinen Tisch gemacht und nicht auch jenes Duzend Männer entthront haben, die uns hundertmal soviel kosten wie alle Fürsten mit ihrer ganzen Sippe zusammen genommen. Gehen wir nicht länger an diesem fürchterlichen Übel vorüber, deshalb wird es ja den Faschisten so leicht, zu behaupten, daß die Gewerkschaften dem eigentlichen Kapital nicht zu Leibe gehen wollten. Deshalb haben ja diese Leute den erschreckenden Erfolg in der letzten Reichstagswahl gehabt.

Der Gedanke von der Beseitigung des Reichtums ist so einfach und bei aller Einfachheit so genial, daß er den Träger des Gedankens unbedingt zum Siege führen muß. Dabei ist die Idee von der Beseitigung der Börse ein uralter sozialer Gedanke. Weil diese wichtigste Frage in der letzten Zeit mehr und mehr außer acht gelassen wurde, daher kommt es, daß das Volk Leuten nachgelaufen ist, die durch ihren hysterischen Patriotismus höchstens einen neuen Weltkrieg bringen werden. Es gibt nun einmal Menschen, die aus lauter „Vaterlandsliebe“ nicht eher ruhen und rasten möchten, bis der letzte gesunde Deutsche im aufgewühlten Granatentrichter verkauft und vermodert.

Der Kampf gegen die Börse wird gar nicht so schwer sein, weil einem Häuflein Ausbeuter die Millionenheere der Ausgebeuteten gegenüberstehen. Die Zerissenheit im Volk wird ja nur künstlich organisiert. Wir Schaffenden sollen uns gegenseitig niederhalten, damit die anderen in Ruhe und Sicherheit ihren Raub verzehren können. Wir Arbeiter haben doch internationale Beziehungen. Einigen wir uns doch einmal nicht nur über Weltfeiertag und andere ideale Dinge, sondern organisieren wir einmal den Widerstand gegen den Polypen der Menschheit, gegen die Börse, und ein neues, wirklich soziales Zeitalter wird andrehen.

Karl Schneider, München.

Berichte.

Bremen. In einer sehr gut besuchten Vollversammlung am 24. September sprach Genosse Faust über das aktuelle Thema „Wirtschaftsführer“...

Essen. Wenn auch die heutige Zeit nicht besonders geeignet ist, Feste zu feiern, so glaubten wir doch, die dreißigjährige Wiederkehr des Tages der Gründung unserer Zahlstelle nicht unbeachtet vorübergehen lassen zu dürfen...

Leipzig. In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 14. September gedachte Kollege Jaffner der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder. Nachdem ergänzte Kollege Hesse den gedruckten Geschäftsbericht...

in gleicher Höhe beibehalten werden kann. Kollege Hesse begründete dann eingehend zwei Anträge über die monatliche Extraaufschüttung für Ausgesteuerte aus Lokalmitteln...

An der Aussprache wendete sich Kollegin Thiem gegen die Einführung der Akkordarbeit an den Automatenfahrmaschinen. Kollege Müller wünschte einen Bericht vom Gewerkschaftsleiter...

Leipzig. Unter der Überschrift „Eine Aussperrung in Leipzig“ brachten wir in Nr. 40 unserer Zeitung einen Bericht über die Aussperrung in der Firma Dr. Karl Meyer in Leipzig-Plagwitz...

München. Am 18. September hielt die Zahlstelle ihre sehr gut besuchte Quartalsversammlung ab. Den Vortrag über „Lohn- und Tarifpolitik unseres Verbandes“ hatte Kollege Wienke-Berlin übernommen...

Der Beifall der Versammlung zeigte, daß die Kollegenchaft mit den Ausführungen des Kollegen Wienke einverstanden war. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung unterbreitete Kollege Müller der Versammlung einen Antrag der Ortsverwaltung...

Pforzheim. Am 20. September feierte die Zahlstelle Pforzheim ihr 42. Stiftungsfest, sie verband damit die Erung der Verbandsjubilar. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden schilderte der Gauleiter Döbbling-Stuttgart die Entstehung des Feinschneidewerkes...

Das ist um so notwendiger, als voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres neue Lohn- und Mantelverhandlungen stattfinden müssen. Nur bei bester Geschlossenheit wird es möglich sein, weitere Verschlechterungen abzuwehren.

Im Anschluß hieran fand die Ehrung von neunzehn Verbandsjubilarern statt, die bis auf zwei durch Krankheit verhindert anwesend waren. Jeder Jubilar erhielt eine Ehrenurkunde des Verbandes...

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Verbandstag. Der für das Jahr 1931 fällig gewesene Verbandstag wurde durch Beschluß des Verbandsvorstandes und des Beirates zunächst um ein Jahr vertagt...

2. Urabstimmung. Auf Grund der Bestimmungen des § 47 im Verbandsstatut hat der Verbandsvorstand beschloffen, eine Urabstimmung über die Verdoppelung der Beitragsanteile für die Invalidenunterstützung ab 1. Januar 1932 vorzunehmen...

Die Urabstimmung hat frühestens mit dem 22. November zu beginnen und muß spätestens am 5. Dezember 1931 beendet sein. Das Resultat der Abstimmung ist bis spätestens den 12. Dezember dem Verbandsvorstand zu übermitteln...

3. Ausgeschlossen aus dem Verbandsrat wurde in Eisenberg auf Grund des § 16, Ziffer 2b des Statuts der Buchbinder Georg Kunze, Buchnummer 398, geb. 4. Januar 1884 in Leipzig.

Inhaltsverzeichnis.

Urabstimmung über die Beitragsleistung zur Invalidenunterstützung. 50 Jahre Zahlstelle Stuttgart. Ploniere unseres Verbandes. Fünfzig Jahre Organisation. Eine Schilderung früherer Berufsverhältnisse für die Jungen. Der Wunsch des ADGB. Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Vor schweren Entscheidungen...